

Inhalt der Sitzung vom 18.04.2005

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 14.03.2005 gefassten Beschlüsse

Eingangs gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung am 14.03.2005 der Versetzung eines Gemeindebeamten in den Ruhestand, der Berufung eines neuen Fachbeamten für das Finanzwesen, der Beförderung eines Beamten sowie der Höhergruppierung von zwei Angestellten sein Einvernehmen erteilte.

TOP Ö 2 Berechnung und Festsetzung des Verwaltungsaufwands für Kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte), Hilfsbetriebe und andere Einrichtungen

Für Kostenrechnende Einrichtungen sind kalkulatorische Kosten (Abschreibungen, Verzinsung des Anlagekapitals), die Auflösung von Beiträgen sowie Zuschüssen und innere Verrechnungen für den Verwaltungsaufwand zu veranschlagen und zu buchen. Die derzeit in Ansatz gebrachten inneren Verrechnungssätze für den Verwaltungsaufwand basieren auf einer Kalkulation aus dem Jahre 1996, die verwaltungstern bei personellen und aufgabenbezogenen Veränderungen fortgeschrieben wurde. In diesem Bereich war nunmehr eine komplette Neuberechnung vorzunehmen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) lobte die detaillierte Neuberechnung, die in einigen Bereichen grundlegende Verschiebungen aufzeigt. So beispielsweise bei der neuen Seniorenwohnanlage Luisenstraße. Nach einem Zeitraum von 5-6 Jahren hielt sie eine nochmalige Überprüfung der aktuell ermittelten Werte für angezeigt, um den einen oder anderen Betrag zu relativieren. Die Kalkulation des Verwaltungsaufwands bezeichnete sie, gerade im Hinblick auf die Gebührenerhebung für kostenrechnende Einrichtungen, als unerlässlich.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) verwies auf die letztmalige Kalkulation des Verwaltungsaufwands im Jahr 1996, weshalb aktuell eine Neuberechnung angezeigt erscheint. Das umfassende Zahlenwerk belege anschaulich den Aufwand für die jeweiligen Bereiche, weshalb dem Beschlussvorschlag auch seitens der Plankstadter Liste entsprochen werden könne. Seine abschließende Frage zielte auf den im Bereich des Eigenbetriebs Wasserwerk in Ansatz gebrachten 10%-igen Zeitanteil des Bürgermeisters. Bürgermeister Huckele informierte, dass er hier u. a. bei der Aufstellung des Wirtschafts- und Finanzplanes, der Erstellung der Werksrechnung sowie Fragen zur Finanzierung der Einrichtung (anstehende Kreditaufnahmen und Eigenkapitalausstattung) eingebunden ist. Dazu kommen die interne Zeichnungs- und Anordnungsbefugnis sowie diverse weitere Tätigkeiten bei der Leitung des Gemeindewasserwerks.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) befand, dass die detaillierte Aufschlüsselung im Rahmen der Neukalkulation durchaus einige interessante Aspekte beinhaltet. So z.B. die Zeitanteile bei der Schwimmhalle. Als gravierend bezeichnete er die Erhöhung des Verwaltungsaufwands im Bereich Wohn- und Geschäftsgebäude. Hier vermutete er die Ursache für die Kostensteigerung in der neuen Seniorenwohnanlage. Bürgermeister Huckele informierte, dass die Seniorenwohnanlage als eigenständige Einrichtung geführt wird, jedoch die Ladenzeile im Erdgeschoß in den Bereich der Wohn- und Geschäftsgebäude einfließt.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bezeichnete die Neukalkulation als kommunale Fleißarbeit. Seine Frage, inwieweit die Zuordnung der Zeitanteile für die jeweiligen Mitarbeiter zeitnah erfolgte, wurde von RAL Kroihner

bejaht. Zumal die in Ansatz gebrachten Werte nicht „mit der Stoppuhr gemessen werden können“, bezeichnete es Gemeinderat Wolf als nachvollziehbar, hier auf Schätzwerte zurück zu greifen. Eine generelle Erhöhung der Kostendeckungsgrade sei durch die vorgenommene Neukalkulation sicher nicht zu erwarten, prognostizierte er lediglich eine gewisse Verschiebung der diesbezüglichen Zahlen. Zumal die vorgenommene Neuberechnung einer größtmöglichen Transparenz des Verwaltungshandelns dient, konnte er der Verwaltungsvorlage im Ergebnis entsprechen. Seine abschließende Frage, weshalb für den Bürgermeister lediglich im Bereich des Wasserwerks ein Ansatz gebildet wurde, beantwortete Bürgermeister Huckele dahingehend, dass nur bei dem Eigenbetrieb – Wasserwerk - die Leistungen des Gemeindeoberhauptes (als Wahlbeamten) in die Kalkulation einfließen dürfen.

Im Ergebnis erteilte das Ratsgremium der umfangreichen Neuberechnung der Verwaltungskostenbeiträge gemäß Verwaltungsvorlage mit einstimmigem Votum sein Einvernehmen. Die neuen Sätze gelangen ab diesem Jahr zur Buchung.

TOP O 3 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Gässeläcker“ – 2. Änderung im vereinfachten Verfahren

Aufgrund der mangelnden Nachfrage nach Baugrundstücken für Mehrfamilienwohnhäuser ist eine Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Gässeläcker“ erforderlich. Die Grundstücke Flst.Nrn. 4831 und 4903 im süd-östlichen Bereich des Neubaugebietes sollen daher für eine Bebauung mit 7 Reihenhäusern sowie Stellplätzen und Garagen neu aufgeteilt werden. Die Baufenster der Grundstücke Flst.Nrn. 4833 und 4902 sollen vergrößert und die dort zulässige Wohnungsanzahl soll von 6 auf 8 Wohneinheiten erhöht werden. Die notwendigen Stellplätze sollen überwiegend jeweils in Tiefgaragen unter den Wohngebäuden geschaffen werden. Auf der Grundlage dieser Umplanungen ist ein Bauträger bereit, die insgesamt 2.633 m² große Fläche von der Gemeinde zu erwerben. Im Rahmen der Bebauungsplanänderung soll auch Ziffer 3.7 der örtlichen Bauvorschriften geändert werden. Danach sind Außenantennen im Gebiet generell unzulässig. Diese Vorschrift wird an die Regelung in anderen Baugebieten angeglichen, wonach pro Wohngebäude maximal eine Antennenanlage zulässig ist. Die Antennenanlage muss zwingend auf dem Dach angebracht werden und darf die Dachränder nicht überragen. Bei Parabolantennen muss die Oberkante unterhalb der Firstlinie des Daches liegen. Parabolantennen müssen farblich auf die Farbe des Dachdeckungsmaterials abgestimmt sein. Die Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Vorschriften wurden im Ausschuss für Umwelt-, Technik – und Bauangelegenheiten am 04.04.2005 vorberaten. Im vereinfachten Verfahren wird von einer Umweltprüfung abgesehen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) stellte fest, dass noch vor Abschluss der Erschließungsarbeiten im Gebiet „Gässeläcker“ bereits die 2. Änderung der planungsrechtlichen Vorgaben ansteht. Da die Überplanung jedoch durchaus sinnvolle Punkte beinhaltet, konnte sie der angedachten Vorgehensweise im Namen ihrer Fraktion entsprechen. Insbesondere sah sie bessere Vermarktungschancen der geplanten Reihenhäuser. Sie legte Wert darauf, dass die anstehende Planänderung unabhängig von einem eventuellen künftigen Erwerber zu sehen ist. Hierüber ist gesondert zu befinden.

Gemeinderat Horst Kolb (PL) freute sich über den zügigen Fortschritt der Erschließungsarbeiten und konnte den aus seiner Sicht vernünftigen Planänderungen im Namen der Plankstadter Liste entsprechen.

Gleiches galt für Gemeinderat Werner Engelhardt (SPD), der insbesondere die angedachte Tiefgaragenlösung im Bereich der Grundstücke Flst.Nr. 4833 und 4902 lobte.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) monierte die angedachte Überplanung insofern, als die Maßnahme aus seiner Sicht zielgerichtet auf eine bessere Vermarktung der Flächen durch den in Rede stehenden Bauträger abhebt. Vor diesem Hintergrund versuche man den derzeitigen finanziellen Engpass der Gemeinde zur Gewinnoptimierung auszunutzen. Dieser Praxis könne die GLP nicht zustimmen Dass die betreffenden Grundstücke unter Berücksichtigung der aktuellen planrechtlichen Vorgaben schwierig zu veräußern sind, bedeute nicht, dass dies generell unmöglich ist. Seine abschließende Frage nach der Kostenträgerschaft für die Planänderung, beantwortete Bürgermeister Huckele dahingehend, dass hierfür die Gemeinde aufkommt. Da die Verwaltung vom Ratsgremium mit der Vermarktung der vakanten Baugrundstücke beauftragt wurde, erscheint dies jedoch logisch, da nur durch diese Maßnahme eine hinreichende Chance zur Veräußerung der Immobilien besteht. BAL Boxheimer ergänzte, dass es sich bei der nunmehrigen Überplanung keineswegs um eine atypische Einzelfallentscheidung handelt, sondern lediglich ein Reihenhaustyp ermöglicht wird, wie er bereits an anderer Stelle im Plangebiet vorgesehen ist.

Gemeinderätin Schuster hielt die Kontaktaufnahme mit einem interessierten Bauträger für legitim, zumal man sich durchaus bei einem Fachmann über die Möglichkeiten einer optimierten Vermarktung informieren sollte. Strikt zu trennen sei jedoch die heute zu beschließende (aus ihrer Sicht überaus sinnvolle) Planänderung und der spätere Verkauf der kommunalen Baugrundstücke.

Im Ergebnis beschloss das Ratsgremium bei 2 Gegenstimmen der GLP die 2. Änderung des Bebauungsplanes sowie der örtlichen Bauvorschriften „Gässeläcker“ im vereinfachten Verfahren. Die diesbezüglichen Entwurfsunterlagen wurden gebilligt und der anstehenden Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zugestimmt.

TOP Ö 4 Umbau Verkehrsknotenpunkt „Spinne“

Nach eingehenden Planungen und intensiver Vorberatungsphase im zuständigen Ausschuss sowie nach Abstimmung mit den Verkehrsbehörden wurde in der Gemeinderatssitzung am 16.09.2002 der Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes „Spinne“ auf Grundlage der Planung des Ing.-Büros Bender und Stahl vom 16.07.2002 zugestimmt. Als Erprobungsphase wurden in einem ersten Schritt die neuen Verkehrsbeziehungen durch Fahrbahnmarkierungen und entsprechende Beschilderung verdeutlicht. Da sich die Umgestaltung gut bewährt hat und die Markierungen mittlerweile erneuerungsbedürftig sind, sollte nun der Endausbau durch die Aufpflasterung der Sperrfläche auf der West- und Nordostseite der Grenzhöfer Straße sowie auf der Westseite der Wieblingler Straße realisiert werden. Die Fahrbahnen erhalten in diesen Bereichen neue Verschleißschichten und danach neue Markierungen.

Die im Zuge o.a. Maßnahme anstehenden Straßenbauarbeiten wurden zwischenzeitlich ausgeschrieben. Zum Submissionstermin lagen 5 Angebote vor, wobei die Fa. LW Bau aus Eppelheim mit 42.807,59 € das wirtschaftlichste Angebot abgab. Die Firma ist aufgrund bereits durchgeführter Aufträge in den vergangenen Jahren als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. Im Haushaltsplan sind entsprechende Finanzmittel bereitgestellt.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) bezeichnete die zurückliegende Planungsphase als lohnend, da man mit den nunmehr angedachten Maßnahmen eine überaus positive Lösung erzielt hat. Der vorgeschlagenen Auftragsvergabe konnte er uneingeschränkt entsprechen, zumal die Ausschreibung ein äußerst kostengünstiges Angebot erbrachte.

Gemeinderat Horst Kolb (PL) verwies gleichfalls auf die intensive Vorplanung, die zu einem positiven Ergebnis führte. Im Namen der Plankstadter Liste beantragte er jedoch Einzelabstimmung, da sich Teile seiner Fraktion für einen anderweitigen Einsatz der not-wendigen Finanzmittel aussprechen. Alternativ könnten diese beispielsweise für den Ausbau der Spielplätze „Keesgrieb“ bzw. Bahnstraße eingesetzt werden.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) verwies auf die zurückliegend äußerst unbefriedigenden Verkehrsbeziehungen im Bereich der „Spinne“. Durch die nunmehrige Lösung habe sich die Situation erheblich verbessert, wenngleich dies einer gewissen Eingewöhnungsphase der Verkehrsteilnehmer bedurfte. Dem nunmehrigen Endausbau konnte sie im Namen der SPD-Fraktion uneingeschränkt entsprechen. Verwundert zeigte sie sich über die erheblich differierenden Angebotspreise der insgesamt 5 Bieter.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erinnerte daran, dass die GLP bereits den Ratsbeschluss zur Umgestaltung der „Spinne“ vom September 2002 mitgetragen hat. Die Probephase sei nunmehr abgeschlossen und habe zu einem zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Handelte es sich zurückliegend um einen nachweislich erhöhten Unfallschwerpunkt, habe sich die Situation aufgrund der Neuregelung der Verkehrsbeziehungen merklich entspannt. Insofern konnte Gemeinderat Hohl im Namen der GLP dem Beschlussvorschlag entsprechen. Erstaunt zeigte auch er sich über das durchaus günstige Angebot der zu beauftragenden Arbeiten.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) hinterfragte die Ausführung der angedachten Aufpflasterungen und hier insbesondere evtl. Beeinträchtigungen der teilnehmenden Vereine am Plankstadter Straßenfest (PCC, u.a.). BAL Boxheimer informierte, dass es sich bei den Aufpflasterungen um gezielte Maßnahmen, ausschließlich im Bereich des Gehwegs handelt. Die Durchführung des jährlichen Straßenfestes wurde bei den Planungen berücksichtigt. Evtl. Beeinträchtigungen der teilnehmenden Vereine sind daher nicht zu befürchten.

Gemeinderat Franz Streck (PL) stellte fest, dass er im Rahmen des Grundsatzbeschlusses am 16.09.2002 für eine Umgestaltung des Knotenpunktes „Spinne“ votierte. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage könne er der heutigen Auftragsvergabe jedoch nicht zustimmen, da die notwendigen Gelder an anderer Stelle effektiver eingesetzt werden könnten.

Gemeinderat Hans-Peter Helmling (CDU) verwies auf den zurückliegend, im Bereich der Einfahrt Bürgermeister-Helmling-Straße installierten (später jedoch wieder demontierten) Verkehrsspiegel. Da er diesen als sinnvoll erachtete, bat er eine neuerliche Installation zu prüfen. BAL Boxheimer verwies darauf, dass sich durch die neue Verkehrsführung im Vergleich zu den seinerzeitigen Fahrbeziehungen eine neue Situation ergibt. Gerne wird die Verwaltung die Angelegenheit jedoch bei der nächsten Verkehrstagfahrt ansprechen.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung sprach sich das Ratsgremium bei 3 Gegenstimmen der Gemeinderäte Ulrike Breitenbücher, Horst Kolb und Franz Streck (PL) dafür aus, den Auftrag für den Umbau des Verkehrsknotenpunktes „Spinne“ zum Preis von 42.807,59 € wie vorgeschlagen an die Firma LW Bau GmbH aus Eppelheim zu erteilen.

TOP Ö 5 Bauantrag

Mit einstimmigem Votum entsprach das Ratsgremium dem Bauantrag zur Errichtung von Dachgauben auf dem Grundstück Flst.Nr. 86/9, Luisenstr. 17

TOP Ö 6 Bekanntgaben, Anfragen

1. Baumaßnahme B 535/Beeinträchtigungen der Kreisstraße K 4144 (Grenzhöfer Straße)

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) monierte die derzeit im Zusammenhang mit dem Bau der B 535 durchzuführenden Arbeiten, die insbesondere auch Beeinträchtigungen der Kreisstraße K 4144 (Grenzhöfer Straße) zur Folge haben. Dies sowohl hinsichtlich einer starken Verschmutzung der Straße, als auch durch unangepasste Geschwindigkeit des Schwerlastverkehrs.

Bürgermeister Huckele sicherte eine diesbezügliche Kontaktaufnahme mit der zuständigen Straßenbauverwaltung zu.

2. Schadhafte Fensterrahmen im Gemeindezentrum

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) verwies auf die schadhafte Holzfensterrahmen des Gemeindezentrums und bat diesbezüglich um Abhilfe. Im Sinne einer langfristigen Lösung hielt er ggf. eine Kupferverblendung für angezeigt.

Bürgermeister Huckele sagte zu, den Vorschlag zu prüfen.

3. Feinstaubbelastung

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich nach der Möglichkeit, in der Gemeinde Plankstadt eine Feinstaubmessung durchzuführen. Zudem erfragte er, inwieweit eine evtl. Umrüstung der kommunalen Bauhoffahrzeuge mit einem Russfilter in Überlegung steht.

Bürgermeister Huckele informierte, dass derzeit weder eine Messung, noch eine entsprechende Umrüstaktion angedacht ist. Hier sah er in erster Linie Politik und Wirtschaft in der Pflicht, insbesondere auch in Bezug auf die Schaffung finanzieller Anreize für derartige Maßnahmen.

4. Entsorgung von Glasmüll

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bezog sich auf die kürzlich erfolgte Sammelaktion der Lokalen Agenda, in deren Rahmen auch festgestellt wurde, dass eine nicht unerhebliche Menge Glasmüll unsachgemäß entsorgt wird. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass die AVR seines Wissens den Kommunen kostenfrei einen 1.100-Liter-Glassammelbehälter zur Verfügung stellt. Ein solches Angebot sollte auch für Plankstadt ins Auge gefasst werden.

Bürgermeister Huckele wollte diesem Vorschlag aufgrund der zurückliegenden Erfahrungen mit derartigen Sammelbehältern nicht entsprechen. Lärmbelastigungen, Überfüllung der Behälter, Scherbenbildung, unsachgemäße Nutzung, wie auch sonstige Beschwerden der Anwohnerschaft führten zurückliegend zum Abbau der bestehenden Angebote. Bei neuerlicher Stellung der Behälter sei mit den gleichen Problemen zu rechnen. Zudem hielt er die aktuelle Entsorgung über die blauen Glasboxen der AVR für praktikabel und ausreichend.

5. Spielplätze Neubaugebiet „Keesgrieb“ und Bahnstraße

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) erkundigte sich nach der Zeitschiene zur Realisierung der Spielplätze im Neubaugebiet „Keesgrieb“ sowie in der Bahnstraße.

Bürgermeister Huckele informierte, dass die Spielgeräte für das Gelände im Bereich „Keesgrieb“ bereits in Teilen geliefert wurden. Mit dem Anlegen der Fläche ist zeitnah zu rechnen. Bzgl. der Einrichtung in der Bahnstraße erinnerte er nochmals an die ins Auge gefasste Koppelung des Spielplatzneubaus mit der Erschließung Bruchhäuser Weg.

6. Schaukasten im Bereich der Seniorenwohnanlage Luisenstraße

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) verwies auf den zurückliegend im Bereich des Areals Mack in der Luisenstraße bestehenden Schaukasten der Gemeinde und regte an, die Neuinstallation eines solchen Angebots zu überdenken.

7. Regelungen über die Ruhezeiten von Wahlgräbern

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) verwies auf die Regelungen über die Ruhezeiten von Wahlgräbern und hielt hier ggf. das Angebot einer 10-jährigen Verlängerung der Grabstätte für sinnvoll. Bürgermeister Huckele sicherte eine diesbezügliche Prüfung zu.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) verwies in diesem Zusammenhang auf die Neukonzeption des Friedhofwesens in der Stadt Karlsruhe, die ggf. auch für die anstehende Re-Organisation in der Gemeinde Plankstadt interessante Anregungen beinhaltet.

8. Schadhafte Fahrbahn im Bereich des Bruchhäuser Weges

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) monierte den schadhafte Fahrbahnbelag im Bereich des Bruchhäuser Weges und bat um Abhilfe.

Bürgermeister Huckele informierte, dass im Zusammenhang mit dem aktuell in der Erstellung begriffenen Wege- und Gewässerplan der Flurbereinigung eine komplette Sanierung der Trasse ins Auge gefasst ist. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt es, sich auf die notwendigsten Maßnahmen mit Ausbesserungen zu beschränken.

9. Baumaßnahme B 535/Weitere Ausbauplanung

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) verwies auf die rege Bautätigkeit im Zusammenhang mit der Realisierung der B 535. In diesem Zusammenhang habe die SPD-Fraktion beim Bundesverkehrsministerium die Zeitschiene bzgl. der weiteren Planungen erfragt. Nach Aussage des Ministeriums soll bis Ende 2005 der Bauabschnitt bis zur K 4144 (Grenzhöfer Straße) fertig gestellt sein. Es folgt dann bis Ende 2006 die Realisierung des Teilabschnitts bis zur L 543 (Schwetzinger Straße), an die die B 535 dann auch angebunden wird. Unmittelbar anschließend soll dann zu Beginn des Jahres 2007 mit dem Bau des Tunnelabschnitts begonnen werden. Die Finanzierung der jeweiligen Bauabschnitte ist nach Aussage des Ministeriums bereits gesichert.

Bürgermeister Huckele konnte diese Daten aus Gesprächen mit der Straßenbauverwaltung bestätigen und zeigte sich zuversichtlich, dass ein kontinuierlicher Weiterbau der B 535 bis zum Anschluss an die L 600 realisiert werden kann. Aus Reihen der Gremiums-mitglieder wurde bei Bedarf eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung bzgl. des Sachstands zum Bau der B 535 angeregt.

10. Verkehrssituation Im Grund / Jahnstraße

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) beklagte (vorwiegend auswärtigen) Schwerlastverkehr mit unangepasster Geschwindigkeit, insbesondere im Bereich der Straßen Im Grund und Jahnstraße. Zumal dort auch der Schulweg zur Humboldtschule verläuft, kommt es dabei immer wieder zu äußerst gefährlichen Situationen.

Bürgermeister Huckele sicherte zu, diesbezügliche Geschwindigkeitskontrollen anzuregen sowie die Angelegenheit bei der nächsten Verkehrstagfahrt zu thematisieren.

11. Einrichtung einer Ganztageschule

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf die aktuelle Diskussion zur Einrichtung und Finanzierung von Ganztageschulen und erfragte, ob auch in der Gemeinde Plankstadt derartige Überlegungen angestellt wurden.

Bürgermeister Huckele verneinte dies, u.a. auch mit dem Hinweis auf die aktuelle Finanzlage der Gemeinde. Der politischen Forderung nach einem Ausbau entsprechender Einrichtungen stehen keinerlei oder nicht ausreichende Zuschüsse von Land bzw. Bund gegenüber. Hier sah er einmal mehr das Konnexitätsprinzip (vereinfacht „Wer bestellt, muss auch bezahlen“) durchbrochen.

12. Verlust eines Lehrerschlüssels an der Schimper-Realschule Schwetzingen

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf ein Schreiben bzgl. des Verlusts eines Lehrerschlüssels an der Schimper-Realschule Schwetzingen und hinterfragte die Angelegenheit.

Bürgermeister Huckele stellte zunächst fest, dass es sich um ein anonymes Schreiben handelte. Da der Verlust durch eine entsprechende Versicherung gedeckt war, entstand der Schule kein finanzieller Schaden.

13. Mobilfunkanlage auf dem Anwesen Bruchhäuser Weg 2

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf die zurückliegenden Beratungen in obiger Angelegenheit sowie das nunmehr vorliegende Schreiben des Kommunalrechtsamtes Heidelberg, das im Falle eines Festhaltens an der ablehnenden Haltung der Gemeinde die Ersatzvornahme androht. Hier erkundigte er sich nach der weiteren Vorgehensweise.

Bürgermeister Huckele informierte, dass entsprechend der zurückliegend erfolgten Abstimmung im Rat die vom Kommunalrechtsamt gesetzte Frist verstreichen und in Folge die angedrohte Ersatzvornahme in Kauf genommen werden soll.

14. Häckselplatz

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) verwies auf die bei Regen oftmals starke Verschmutzung im Bereich der Anlieferung auf dem Häckselplatz der Gemeinde. Er hinterfragte hier die Möglichkeit, einen Teilbereich der Fläche zu befestigen. Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) regte diesbezüglich an, ggf. Holzplanken aufzubringen.

Bürgermeister Huckele stellte fest, dass aktuell (auch aus finanziellen Gründen) keine entsprechenden Maßnahmen angedacht sind.

15. Zuhöreranfragen

Aus Reihen der Zuhörer hinterfragte ein Sitzungsbesucher die Einstellung eines Gemeindearbeiters. Bürgermeister Huckele verwies darauf, dass es sich dabei um eine Thematik aus nichtöffentlicher Sitzung handelt, die in diesem Rahmen nicht zu erörtern ist.